

Tiefflüge: Bürger stärken Ortschefs den Rücken

Einwohnerversammlung Kampf gegen einseitige Belastung findet auch Verständnis bei Politikern

Von unserem Reporter Michael Fenstermacher

M Kronweiler. Für ein deutliches Meinungsbild sorgten die gut 100 Teilnehmer an der Einwohnerversammlung der Ortsgemeinden Nohen, Sonnenberg-Winnenberg und Kronweiler am Freitagabend: Die Ortsbürgermeister Norbert Helm, Ottmar Ding und Harald Benzel können bei ihrem Kampf um einen fairen Kompromiss mit der Bundeswehr in der Frage der Belastungen durch militärische Tiefflüge auf die geschlossene Unterstützung ihrer Bürger zählen.

„Unsere drei Gemeinden haben schon 40 Jahre lang Fluglärm ertragen, und wir können uns nicht damit anfreunden, dass es wieder so werden soll. Nur weil bei uns keine Windräder stehen, dürfen wir nicht die Dummen sein“, brachte der Kronweilerer Ludwig Hebel die Stimmungslage auf den Punkt und erhielt viel Applaus für seine Zuspitzung: „Die Tiefflieger können doch über Baumholder anfliegen und über Idar-Oberstein wieder ab.“ Zum Hintergrund: Kampffetpiloten, die über dem Truppenübungsplatz ihre Übungsmunition abschießen, müssen über Städten eine Mindestflughöhe von 5000 Fuß einhalten. Die Windräder auf der Freisener Höhe schränken ihren Korridor zusätzlich ein, sodass Anflüge praktisch nur noch über das Gebiet der drei Birkenfelder Ortsgemeinden möglich sind.

Laute Beifallsstürme und Polemik blieben ansonsten die Ausnahme bei der Bürgerversammlung, die durch sachliche Entschlossenheit geprägt war. Lob gab es dafür unisono von den Rednern der im Kreistag vertretenen politischen Parteien, die bis auf die FDP alle der Einladung gefolgt waren, ihre Positionen zu vertreten. „Ich finde es außergewöhnlich, mit welcher Akribie die Gemeinden sich in das Thema eingearbeitet haben“, lobte beispielsweise der Landtagsabgeordnete Hans Jürgen Noss (SPD) die „professionelle Vorgehensweise“.

Ebenso einstimmig hoben die Politiker die Kompromissbereitschaft der Gemeinden hervor und kritisierten die Bundeswehr für ihre Informationspolitik. Ein Dreivierteljahr hatte die von der Verbandsgemeinde Birkenfeld unterstützte Arbeitsgruppe auf die – aus ihrer Sicht mangelhafte – Beantwortung eines Fragenkatalogs warten müssen. „Wir hatten das Gefühl, es mit einer Gummiwand zu tun zu haben“, schilderte Dr. Bernhard Alscher, VG-Bürgermeister und Vertreter der Kreistagsfraktion Freie Liste.

Dass die Suche nach einem Kompromiss nicht einfach wird, räumte unter anderem Prof. Wolfgang Benzel (CDU) ein, der von einer „Quadratur des Kreises“ sprach. Denn die Nutzung des Truppenübungsplatzes sei ein entscheidendes Argument gewesen, um die Bundeswehr von einem kompletten Abzug aus der Region und der Schließung des Standorts Idar-Oberstein abzuhalten. „Die Artillerieschule war eigentlich schon weg“, hatte bereits Dr. Matthias Schneider betont. Der Landrat wandte sich gegen das Argument der Fraktionsvorsitzenden der Linken, Tanja Krauth, ein Abzug könne eine Chance für die Entstehung besser qualifizierter ziviler Arbeitsplätze sein. „Man muss dabei auch das geografische Grundgefüge beachten“, stellte er klar.

Zum Abschluss versprach Schneider, seine innerparteilichen Kontakte zu nutzen, um über CDU-Landeschefin Julia Klöckner ein Gespräch der Fluglärm-Initiative mit dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Kossen-dey, zu vereinbaren: „Ich werde mich um einen Termin bemühen, angesichts der Bundestagswahlen allerdings in aller Unverbindlichkeit.“

Nahe Zeitung vom Dienstag, 17. September 2013, Seite 23 (0 Views)



Rund 100 Bürger, auch aus den Nachbargemeinden, besuchten die Versammlung im Gemeindehaus in Kronweiler. Foto: Michael Fenstermacher

Kommentar

Polarisierung besser vermeiden

Angesichts des disziplinierten Ablaufs der Versammlung in Kronweiler muss man den Beteiligten ein Kompliment aussprechen. In Anbetracht der offenbar an Ignoranz grenzenden Informationspolitik der Bundeswehr ist es wirklich beachtlich, mit welcher Ruhe und Entschlossenheit die drei Ortsgemeinden mit den Bürgermeistern an der Spitze ihre Ziele verfolgen und dabei einen Kompromiss mit den militärischen Interessen stets im Auge behalten. Ein cleverer Schachzug war zudem die Terminierung kurz vor der Bundestagswahl, die den Vertretern der Politik eine klare Positionierung abverlangte.

Was das Gesamtbild dagegen stört und auch nicht zur eher nüchternen Stimmungslage in Kronweiler passen will, ist das Flugblatt, mit dem zu der Versammlung eingeladen wurde. Unter der Überschrift „Unsere Region erhebt sich“ ist es unnötig scharf formuliert, enthält Kampfbegriffe wie „Bombodrom“ und stellt Vermutungen als Tatsachen hin. Sachlichen Gesprächen auf Augenhöhe, wie sie in Kronweiler eingefordert wurden, ist eine solche Polarisierung nicht zuträglich. Im Gegenteil: Wie Bernhard Alscher richtig feststellte, birgt eine Verschärfung der Kontroverse angesichts der immer noch großen Bedeutung der Bundeswehr als Arbeitgeber die Gefahr, dass ein Riss innerhalb von Gemeinden und sogar einzelnen Familien entsteht. Und das kann keiner wollen.

E-Mail an

michael.fenstermacher@rhein-zeitung.net

Nahe Zeitung vom Dienstag, 17. September 2013, Seite 23 (0 Views)